

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Das ist er nun, der zweite Haushaltsplanentwurf nach dem neuen kommunalen Finanzmanagements. Es ist zwar alles anders, aber nicht alles ist wirklich neu. Eigentlich hatten wir geglaubt, dass dieses neue System, zumindest im zweiten Jahr eine große Hilfe sein könnte, Investitionen und deren Folgekosten realistischer zu beurteilen und dass dadurch eine größere Transparenz entstehen würde.

Diese große Klarheit konnten wir leider wieder nicht erkennen. Vielleicht liegt das am Mangel am Umgang mit dem Zahlenwerk, es scheint aber aussichtslos zu sein, eine wirkliche Transparenz zu haben.

Der Entwurf lässt es auch nicht zu, gewisse Kenngrößen einfach und übersichtlich darzustellen.

Was dann wir bei diesen Haushaltsplanberatungen erleben durften war schon etwas ungewöhnlich. Und ich glaube, es bedarf eines fast chronologischen; nennen wir es, Erlebnisbericht.

Da bringen Sie Herr Landrat, mit Ihrem Kämmerer ein Eckdatenpapier heraus, und verteilen es an die Bürgermeister zu einer Zeit, an der es an den internationalen Finanzmärkten noch relativ ruhig war. Sofort erntet dieses Papier die Kritik der Bürgermeister und dies in einer Art und Weise, wie es noch nie dagewesen war, so dass der Landrat schon bei der Einbringung des Haushalts in die erste Defensive gehen musste, um seinen Haushaltsplanentwurf zu verteidigen.

Nun machen sich die Fraktionen über den Haushalt her und beraten. Die FWG hat die Kritik der Bürgermeister ernst genommen und hat sich drei von denen eingeladen, um mal zu hören was da eigentlich los ist, und schnell wird klar, was für eine Kommunikationslücke zwischen Landrat und Bürgermeister klaffen muss und was für handwerkliche Fehler gemacht worden sind.

Dann ohne Not, und ohne das es eingefordert wurde, wird der Druck nun aus dem Kreishaus erhöht und ein Argumentationspapier losgelassen, dass im Grunde nur eine Zusammenfassung der Rede vom 26.09.2008 war. Dies hätten Sie sich sparen können Herr Landrat, denn keine neuen Argumente oder Sachverhalte wurden darin klargestellt, nur nochmal das alte aufgekocht und hübsch verpackt.

Da dies aber alles immer noch nichts nützt und die Paladine noch immer aufmucken, ist ja immer noch die lokale Presse da, die solche Themen wie einen Schwamm aufsaugen und mehr oder minder sachlich darüber berichten. In aller Öffentlichkeit wird also nun entweder in Pressemitteilungen oder Leserbriefen, sich gegenseitig der schwarze Peter zugeschoben. Ob dies dem Ansehen dieses Haus immer würdig war, möchte ich bezweifeln.

In der Chronologie geht es nun weiter, als die Bürgermeister des Kreises ihre Räte mit der Frage beauftragten, die Kritik am Haushaltsentwurf und somit die Stellungnahme zu manifestieren und per Ratsbeschluss dem Landrat sagen sollen. So nicht.

Wieder Grund genug für diverse Presseveröffentlichungen auf die ich gar nicht weiter eingehen möchte.

Dies ist der Status quo und nun nach Abschluss, der schon manchmal merkwürdigen Beratungen in den Fachausschüssen, müssen die Freien Wählern Ihnen leider auch sagen:

So nicht.

So nicht, weil nicht einsehbar, dass Sie Herr Landrat, kein Risiko eingehen wollen und die von den Städten und Gemeinde zu viel bezahlte Umlage in Höhe von ca. 1,8 Millionen Euro an die vorgenannten wieder zurückzahlen wollen. In früheren Haushalten sind ganz andere Risiken eingegangen, vor denen wir damals gewarnt haben.

Ich erinnere daran, dass beispielsweise Immobilien im Wert von gut 3 Millionen verkaufen werden sollten, wohl wissend, dass diese Verkäufe niemals stattfinden werden. So wollten Sie und Ihr Vorgänger im Amt nicht wahrhaben, dass die Personalkosten auf Grund von Tarifänderungen steigen werden, haben aber seinerzeit aber nur einen viel geringeren Betrag in den Haushalt eingestellt. Vermutlich um den Haushalt schön zu machen.

Wir bleiben dabei; die 1,8 Millionen gehören den Städten und Gemeinden, wo sie trotz erzielter Überschüsse in den Kassen der Kommunen sicher zusätzlich besser zu gebrauchen sind als im Sparstrumpf des Kreises. Die Dringlichkeit ist da, denn schon heute steht fest, dass die Gewerbesteuereinnahmen in den nächsten Jahren nicht mehr so fließen werden, und ergänzend dazu kommen die Unsicherheiten aus den Änderungen des Gewerbesteuer-gesetzes ab 2009. Hier ist noch gar nicht absehbar, was auf die Kommunen im Einzelnen zukommt.

Herr Landrat, Sie brauchen die 1,8 Millionen nicht zum Ausgleich des Haushalts, sondern legen sie in die Rücklage, mit dem Verweis auf mögliche Schwankungen und eine mögliche Unausgeglichenheit im Haushalt 2009.

Über diese Rücklage hinaus verbessert sich der Haushalt um ca. 800.000 € aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz und wir machen Einsparungen im Haushalt in dem wir die Kreisstraßen nicht in gewohnter Weise in Ordnung halten. Weitere 100.000 € Verbesserung stehen zu Buche aus höheren Erstattungen beim Wohngeld.

Uns also weißmachen zu wollen, wir kämen automatisch in die Haushaltssicherung weil die FWG einen unausgeglichen Haushalt provoziere, wenn die 1,8 Millionen bei einem Umlagesatz von 36,3 Punkte an die Städte und Gemeinden ausgeschüttet werden bleibt, ist wieder ein untauglicher Versuch, der Öffentlichkeit die ganze Wahrheit vorzuenthalten.

Nein Herr Landrat, so nicht, und nicht mit uns.

Sicherlich gibt es Unwägbarkeiten, mit denen wir vielleicht zu rechnen haben oder auch nicht. Dass wir einen Gebührenrückgang bei den KFZ Anmeldungen haben und vielleicht auch bei den Bauanträgen haben werden, ist zu möglicherweise befürchten. Auch die mögliche Erhöhung der Beamtenbezüge und die daraus resultierende Erhöhung der Pensionsrückstellung, stehen im Raum. Auch an den Verbesserungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz partizipiert der Landschaftsverband. Aber all diesen Unwägbarkeiten sind aber noch mit viel zu viel -wenn und könnte möglich sein, vielleicht man kann es noch wissen- usw. verbunden.

Ein für die FWG gangbarer Kompromiss wäre die Sprachregelung;

Senkung der Kreisumlage auf 36 Punkte und der Überschuss bleibt in der Rücklage.

Dann hätte man nach Abzug der ca. 700.000 € für die weitere Senkung der Umlage noch immer ein schönes Polster von 1,1 Millionen gehabt, um allen Eisbergen auszuweichen.

So nicht, weil sie sich kategorisch weigern, den Personalansatz auf einem niedrigen Level zu halten. Sie wollen auf Grund von neuen Aufgaben und Vorgaben aus Düsseldorf und Berlin 5,5 neue Stellen schaffen. Das hat sicher seine Berechtigung.

Gleichzeitig weigern sie sich aber der tariflichen Arbeitszeitsteigerung Rechnung zu tragen. Wir bestehen daher darauf, eine mittelfristige Umsetzung der rechnerischen 4,5 Stellen zu erreichen.

So nicht, weil der Weg ein Kapitalstock für Pensionszahlungen zu schaffen und gleichzeitig Schulden des Kreises abzubauen mit Hilfe der Kreisumlage, nicht wirklich einsehbar ist. Da wird das Wort Generationengerechtigkeit benutzt. Was daran generationengerecht sein soll, zum einen die Schulden alter Generationen weg zu schaufeln und parallel dazu auch noch für zukünftige Generationen eine Pensionsrückstellung zu bilden hat sich uns nicht voll erschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Pensionsrückstellung, die uns auf Generationen hinaus die Topf füllen könnten, wir nutzen ihn aber nicht, sondern nutzen ihn ausschließlich zu Gunsten der Kulturausgaben im Kreis.

Wenn bei der Verwendung aus den Erlösen der RWE Aktien immer noch geglaubt wird, man spare damit ca. 0,8 Punkte Kreisumlage, ist dies eine Täuschung. Die FWG lässt sich aber keinen Sand in die Augen streuen, denn nur die Einsparungen bei der Körperschaftsteuer wirken sich haushaltsfreundlich aus.

Ich wiederhole mich ungern aber hätten wir die RWE Aktien im letzten Jahr zum Höchstkurs verkauft und mündelsicher bei einer der kommunalen Banken abgelegt, hätten wir die Pensionen der nächsten Generationen finanzieren können. Auch in diesem Fall wären die Erträge nicht zu versteuern, da sie staatlichen und hoheitlichen Aufgaben dienen.

Sicherlich hätten wir die Ausgaben für die Kultur wieder jährlich auf dem Prüfstand und ob wir dann diese Ausgaben auf diesem sehr hohen Niveau halten werden, ist zweifelhaft. Mal eben ein Gemälde für 13.000 € Euro zu kaufen, wäre dann vielleicht nicht mehr drin.

Heute denken wir über solche Ausgaben ja nicht mal mehr länger als 1 Minute nach. Ob aber es gerechtfertigt ist, der Telefonseelsorge 5000 € zu überlassen, bedarf es ganzer Fraktionssitzungen und mehrseitigem Schriftverkehr.

Bei den von den Fraktionen gestellten Anträgen, mussten wir doch das eine oder andere Mal mit dem Kopf schütteln und uns ernsthaft fragen, ob denn schon Wahlkampf ist und somit üppige Wahlversprechen gemacht werden sollen.

Da fängt eine sicher gute Einrichtung wie die Hospizbewegung an, ein vorhandenes Palliativzentrum von 6 auf 8 Plätze zu erweitern und mitten im Bau geht ihnen das Geld aus. Grund genug für die übrigen Fraktionen die unterschiedlichsten Anträge zu stellen und dafür 40- oder 50.000 Euro zu beantragen.

Doch mitten in einer emotional geführten Debatte im Sozialausschuss besinnt sich die CDU und enthält sich bei dem Antrag der Grünen der Stimme; bis auf die der Vorsitzenden, die dann ausreichte um den Koalitionspartner zu befriedigen.

Dieses Abstimmungsverhalten der Vorsitzenden des Sozialausschusses war überhaupt gar nicht zu verstehen, hat sie sich doch zuvor in der Diskussion dagegen argumentiert.

Parallel zum Antrag der SPD zum Thema Hospiz schreibt die SPD Ahlen auf ihrer Homepage; und ich zitiere:

Wie viel Anerkennung sich das Hospiz des Kreiscaritasverbandes inzwischen erarbeitet hat, erfährt man immer dann, wenn man mit Angehörigen von hospizbetreuten Verstorbenen ins Gespräch kommt. Um noch mehr Menschen die Aufnahme in diese Einrichtung zu ermöglichen, führt der Träger dringende Ausbaumaßnahmen durch. Der Bürgermeister sieht laut eigener Aussage keine Möglichkeit dem Hospiz einen beantragten Zuschuss für eine nicht unerhebliche Finanzierungslücke zu gewähren.

Bürgermeister Ruhmüller sieht allein den Kreis Warendorf in der Verantwortung, obwohl das Hospiz ganz überwiegend von Ahlenern belegt wird. Daher vertritt die SPD eine völlig andere Auffassung und wird einen einmaligen städtischen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 100 000 Euro beantragen.

Also meine Damen und Herren der SPD, das müssen sie mir bei Gelegenheit mal erklären, die Erklärungsversuche im Finanzausschuss waren da eher dürftig.

Die falsche Äußerungen von Herrn Ruhmüller das Hospiz wäre ein Pflichtaufgabe des Kreis ist nicht korrekt, nein, es ist eine reine Aufgabe der Stadt Ahlen.

Nun hat sich die breite Masse in diesem Hause auf den Sprachgebrauch einmalige Spende geeinigt. Ohne dass der Kreis Warendorf Immobilienbesitz übernimmt, ohne in irgendeiner vertraglichen Verbindung zur Hospizbewegung, spenden wir 40.000 Euro für eine Baumaßnahme einer Einrichtung die offenkundig überwiegend von Ahlenern Bürgerinnen und Bürgern benutzt wird. Und dem sollen wir zustimmen.

Ich möchte einen aus diesem Hause erleben der sich einem Zuschuß verweigert, wenn im nächsten Jahr ein Zuschuss in unbekannter Höhe verlangt wird, das geplante Kinderhospiz in Telgte zu finanzieren,

Dann war da noch zwei Anträge, den Ausbau von Straßenbau um 600.000 € zu streichen. Dies findet natürlich unsere Zustimmung mit dem Vermerk, dass dies einmalig sein muss, denn die Qualität der Kreisstraßen sowie der Straßen im Allgemeinen lässt seit vielen Jahren zu wünschen übrig. Die Qualität unserer Straßen sagt viel über die Reputation eines Kreises aus. Neue Betriebe die sich hier ansiedeln wollen achten schon darauf, wie um die Straßen bestellt ist denn letztendlich geht es auch bei Transporten um die Ladungssicherheit.

Keine Unterstützung der FWG erhält der Antrag die Verbraucherberatungsstelle in Ahlen mit Mitteln auszustatten. Schon gar nicht vor dem Hintergrund, der Verbraucherzentrale neue Aufgaben aufzubürden, wo sie gerade mehr Mittel bekommen wollen um die bestehenden Aufgaben zu bewältigen.

Was soll also alles in allem dabei herauskommen, wenn man sich unsere Argumente anhört. Sie mögen diese Argumente vielleicht nicht hören wollen, vielleicht lesen Sie aber in zwei Monaten wenn endlich das Protokoll der heutigen Sitzung kommt, nochmal in Ruhe durch, was wir zu sagen hatten.

Haushaltsrede zur Haushaltsverabschiedung am 12.12.2009 in Warendorf
Für die Fraktion der Freien WählerGemeinschaft e.V.
Norbert Wiemann

Einstweilen bleibt mir nur zu sagen, dass die Fraktion der Freien Wähler den Haushalt ablehnt.

Allen denjenigen, die an dem Entstehen des Entwurfs beteiligt waren, möchte ich danke sagen, möchte aber auch denen, die uns bei unseren Erkenntnissen behilflich waren, meinen Dank aussprechen.

Wir möchten uns an diese Stelle bedanken bei Dr. Funke und Dr. Börger für die offene und ehrliche Gesprächsbereitschaft und für die Geduld, die man mit uns hatte.

Mein persönlicher Dank gilt aber meiner Fraktion für die gute Zusammenarbeit.

Nach diesen letzten arbeitsreichen Tagen freuen wir uns alle auf eine schöne Adventszeit und ruhige Weihnachten. Ich wünsche Ihnen dazu alles Gute.

Warendorf, den 12.12.2008